

ARCHIV

Archivsuche > 2008 > Suchergebnis

Dienstag, 4. März 2008 | Stadt St.Gallen

Drucken | Versenden | Kommentieren | Leserbrief

Echte Schulreform nötig

«FDP-Kandidat wirbt für freie Schulwahl», Tagblatt vom 23.2.2008

Es wird um Parteiideologien, um Macht und viel Geld gekämpft. Hohe Beamte, Bürokraten und Theoretiker, oft fern der Schulen, meinen zu wissen, wie die beste Schule für alle aussehen muss, und wollen ihre Überzeugungen allen aufzwingen. Debatten über Noten, Früh-Englisch, Selektion, Tagesschulen, Leistungstests und schärfere Verordnungen füllen die Zeitungen. Strukturen und Detailfragen scheinen wichtiger zu sein als kindgerechte Pädagogik. Verlierer auf dem Schlachtfeld der endlosen und teuren Hickhack-Reformen sind schulmüde Kinder, ausgebrannte Lehrkräfte und verunsicherte Eltern.

Wer hat die Verantwortung für den Bildungsweg der Kinder? Wer soll welche Aufgaben übernehmen? Wer kennt die Bedürfnisse der Kinder am besten? Sind es wechselnde Behördenmitglieder und Politiker, sind es Lehrkräfte oder Erziehungsberechtigte? Skandinavische Länder haben erkannt, dass Schulen effizienter und billiger werden, wenn Mitbestimmung und Mitverantwortung nach unten verlagert werden.

Schulen müssen sich nach den Bedürfnissen der Kinder richten. Jedes Kind ist ein einzigartiges Individuum mit speziellen Fähigkeiten, Begabungen und einem eigenen Zeitplan. Kinder können nicht in einziges System gepresst werden und wie Schrauben der Deutschen Industrie-Norm (DIN) gemäss geformt werden. Schulen sollen sich ein eigenes pädagogisches und strukturelles Profil geben können, das ihren Kindern entspricht. Dadurch entsteht ein vielfältiges Bildungsangebot, das den vielfältigen Bedürfnissen gerecht wird. Eltern und Lehrkräfte sollen bewusst und in Freiheit diejenige Schule wählen können, die mit ihren pädagogischen und erzieherischen Grundsätzen übereinstimmt. Durch die freie Wahl werden die Eltern vermehrt in die Bildungs- und Erziehungsverantwortung einbezogen. Wenn Eltern und Lehrkräfte am selben Strick ziehen, steigt die Qualität des Unterrichts – und davon profitiert am meisten das Kind.

Der Staat soll Rahmenbedingungen aufstellen, die allen staatlich anerkannten Schulen, die einen öffentlichen Bildungsauftrag erfüllen, den Betrieb ermöglichen. Unterrichtsfreiheit muss garantiert sein. Der Staat soll interne und externe Evaluationen verlangen, damit die Qualität gesichert ist. Er soll allen Kindern freien Zugang zu allen bewilligten und beaufsichtigten Schulen unentgeltlich garantieren. So kann die schlechte Durchmischung und die Chancengleichheit an den Schulen verbessert werden.

Ueli Albertin Grüne, Rheintal Salzmannngasse 6, 9437 Marbach

© 1997–2008 St.Galler Tagblatt – eine Publikation der Tagblatt Medien
